

„Diktatur des Jetzt“

Der Physiker und Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber über die Ursachen des Reaktorunfalls und eine Obergrenze für den Energieverbrauch

Schellnhuber, 60, leitet das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und berät die Bundesregierung in Umweltfragen.

SPIEGEL: Wer oder was ist schuld an der Nuklearkatastrophe von Fukushima?

Schellnhuber: Das Erdbeben war nur der Auslöser. Schuld ist die verrückte Logik im Umgang mit technischen Risiken. Wir wappnen uns gegen Gefahren nur so weit, wie es sich ökonomisch gerade noch rechnet und wie es im Normalbetrieb der Gesellschaft zu bewältigen ist. Aber die Richterskala ist nach oben offen. Warum ist ein japanisches Kernkraftwerk dann nur auf ein Beben der Stärke 8,2 ausgelegt – von Tsunamis ganz zu schweigen?

SPIEGEL: Vermutlich weil Atomstrom sonst zu teuer geworden wäre?

Schellnhuber: Das ganze Wohlstandsmodell der Nachkriegszeit, ob in Japan oder bei uns, beruht darauf, dass uns billige Energie und steigender Materialumsatz immer glücklicher machen sollen. Deshalb entstehen Kernkraftwerke in geologisch superaktiven Gebieten, und deshalb verbrennen wir in einem Jahr so viel Öl, wie in 5,3 Millionen Jahren entstanden ist. Wir plündern zugleich die Vergangenheit und die Zukunft für den Überfluss der Gegenwart – das ist die Diktatur des Jetzt.

SPIEGEL: Was ist Ihre Alternative?

Schellnhuber: Wir müssen aufhören, die Dinge, die unserer Gesellschaft wirklich weh tun, permanent auszublenden. Das betrifft atomare Unfälle, aber auch die Aussicht, dass sich die Erde bis zum Jahr 2200 um sechs bis acht Grad aufheizt, wenn wir weitermachen wie bisher. Erst wenn wir die Perspektive größtmöglicher Schadensfälle schonungslos einblenden, können wir entscheiden, ob wir eine bestimmte Technologie überhaupt haben wollen.

SPIEGEL: Sie gehörten bisher nicht zu den ausgewiesenen Atomkraftgegnern.



Merkel-Berater Schellnhuber: „Beginn eines Wandels“

Schellnhuber: Aber auch nicht zu den Atomkraftbefürwortern. Meine Position war: Lasst uns die Kostenvorteile der bestehenden Atomanlagen nutzen, um erneuerbare Energiesysteme rasch auszubauen. Aus etwas Schlechtem sollte etwas Gutes wachsen, das war meine Hoffnung.

SPIEGEL: Was halten Sie davon, dass die Regierung nun gleich sieben Kernkraftwerke in Deutschland vorübergehend abschalten will?

Schellnhuber: In der Sache ist das richtig. Was in Japan geschehen ist, könnte ähnlich auch in Deutschland passieren, wenn es zu einer der unzähligen möglichen Verkettungen unglücklicher Umstände käme. Das ist die Unvermeidbarkeit des Unwahrscheinlichen. Wie die Regierung aber vorgegangen ist, war für die politische Kultur nicht besonders gut.

SPIEGEL: Warum?

Schellnhuber: Man hat im vergangenen Jahr entschieden, dass deutsche Kraftwerke sicher sind. Dies lässt nur zwei Schlussfolgerungen zu: Entweder man hat damals nicht die ganze Wahrheit erkannt. Dann war das schlechte Politik. Oder man reagiert jetzt rein opportu-

nistisch wider bessere Einsicht. Dann ist das noch schlechtere Politik.

SPIEGEL: Haben Sie Angst, dass der neue Anti-Atomkurs zu höheren CO₂-Emissionen führt, weil wieder mehr Kohle verbrannt wird?

Schellnhuber: Ich bin eigentlich überzeugt, dass Bundeskanzlerin Merkel genau das nicht zulassen wird. Es dämmert doch nun allen, dass das ganze bisherige fossil-nukleare Betriebssystem der Gesellschaft keine Zukunft hat und massive Investitionen in regenerative Energien erfolgen müssen.

SPIEGEL: Finden Sie den abrupten Kurswechsel der Bundesregierung in der Energiepolitik ausreichend?

Schellnhuber: Nein, das kann nur der Beginn eines tiefgreifenden Wandels sein. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale

Umweltveränderungen, dem ich vorstehe, wird demnächst einen Masterplan für die gesellschaftliche Transformation vorstellen. Gerade im Licht von Fukushima halten wir eine neue Grundlage unseres Zusammenlebens für nötig.

SPIEGEL: Was heißt das?

Schellnhuber: Wir brauchen einen Gesellschaftsvertrag für das 21. Jahrhundert, der den gemeinsamen Willen besiegelt, einen nachhaltigen industriellen Stoffwechsel zu schaffen. Wir müssen ein für alle Mal beschließen, unseren Nachkommen mehr als nur Atomgefahren und Klimawandel zu hinterlassen. Das bedeutet Mitgefühl über Raum und Zeit hinweg. Um das zu befördern, sollten die Rechte künftiger Generationen im Grundgesetz verankert werden.

SPIEGEL: Und konkret?

Schellnhuber: Beispielsweise müssen wir den Energieverbrauch auf einem sinnvollen Niveau stabilisieren. Wenn wir in Deutschland endlich richtig anfangen würden, die Potentiale für Energieeffizienz auszuschöpfen, dann könnten wir mit mindestens 30 Prozent weniger Energieeinsatz auskommen – ohne dass es uns materiell schlechter ginge.

HANS-CHRISTIAN PLAMBECK / DER SPIEGEL



RAINER WEISFLOG

Tagebau Jänschwalde: „Das fossil-nukleare Betriebssystem der Gesellschaft hat keine Zukunft“

SPIEGEL: Wie wollen Sie der Gesellschaft eine Obergrenze beim Energieverbrauch vermitteln?

Schellnhuber: Das geht nur mit einem kulturellen Wandel. Dazu müsste die Gesellschaft ganz anders diskutieren als bisher. Ein solcher Wandel ist mit das Schwerste, was ich mir vorstellen kann.

SPIEGEL: Den Gürtel enger zu schnallen ist bisher nicht eben populär.

Schellnhuber: Es kostet uns nur wenige Prozentpunkte Wirtschaftsleistung, vom gefährlichen Pfad abzuweichen, der sonst zu neuen Atomunglücken und ungebremstem Klimawandel führt. Der Wohlstandszuwachs bis 2100 würde sich durch die grünen Investitionen nur um sechs bis neun Monate verzögern. Ist dieser Preis tatsächlich zu hoch?

SPIEGEL: Warum kommen Ihre Botschaften bisher nicht richtig an?

Schellnhuber: Ich bin weder Psychologe noch Soziologe. Aber meine Selbst- und Alltagserfahrung zeigt, dass Bequemlichkeit und Ignoranz die größten Charaktermängel des Menschen sind. Das ist eine potentiell tödliche Mixtur.

INTERVIEW: KATRIN ELGER,
CHRISTIAN SCHWÄGERL

tenen Paragraphen 19 zu gründen. Die Länder hatten mit einer knallharten Weisung gerechnet, weshalb der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister in der ungewöhnlich höflichen Formulierung eine Falle witterte: Der Bund, so seine Vermutung, wolle mögliche Folgekosten auf die Länder abwälzen.

Am vergangenen Donnerstag interviewte er bei Kanzleramtschef Pofalla. Der versprach, der Bund werde das Land nicht hängenlassen, wenn es Probleme gebe. Schließlich erklärte sich Niedersachsen doch bereit mitzumachen. Im Gegenzug erwartet McAllister nun in der kommenden Woche beim Treffen mit der Kanzlerin Zusagen für ein stärkeres finanzielles Engagement des Bundes bei der Asse-Sanierung oder bei den Castor-transporten nach Gorleben.

Zahlen müsste Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), dem ein beschleunigter Ausstieg ohnehin Einbußen bescheren würde. Wenn Reaktoren dauerhaft abgeschaltet werden, könnten die Einnahmen aus der Brennelementesteuer künftig um etwa ein Fünftel zurückgehen, schätzen CDU-Finanzpolitiker. Und ausgerechnet das Programm zur CO₂-Gebäudesanierung könnte auf der Kippe stehen. 500 Millionen Euro, gut die Hälfte des Budgets in

diesem Jahr, stammen aus dem Sonderfonds Energie, den die Konzerne speisen. Kein Wunder, dass in der Unionsfraktion Kritik laut wird. Ihr Chef, Volker Kauder, beruhigt seine Truppen mit der Prognose, dass in drei Monaten schon wieder alles anders sein könnte. „Ich lehne es ab, dass wir zum Start des Moratoriums schon wissen, was rauskommt“, sagt er. Und der frühere CSU-Parteichef Erwin Huber warnt: „Die Union darf nicht so tun, als wäre die Energiepolitik, die sie seit Jahrzehnten vertreten hat, plötzlich alter Käse.“

Noch hitziger ist vergangenen Dienstag die Stimmung in der FDP-Fraktion. Die Kanzlerin ist da, sie stellt das neue Konzept für die Euro-Rettung vor, doch die Atomdebatte dominiert. Schon wieder, so empfinden es viele Abgeordnete, wird die Fraktion von der Regierung vor vollendete Tatsachen gestellt. Das sofortige Abschalten der sieben Meiler sei „ohne ein gesamtwirtschaftliches Konzept nicht zu machen“, sagt der Berliner Abgeordnete Martin Lindner. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle lässt durchblicken, dass er die Vorbehalte teilt. Es sei typisch für die Deutschen, dass sie jetzt so „hysterisch“ reagierten, sagt Brüderle. Keine Nation habe so hektisch Beschlüsse gefasst wie Deutschland.